

# Wahlprüfsteine – Landtagswahl Saarland

Bundesarbeitsgemeinschaft Psychiatrie-Erfahrener

Piratenpartei Deutschland – Landesverband Saarland

(1) Die Prüfung des deutschen Staatenberichts zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention hat 2015 bestätigt, dass psychiatrische Zwangsmaßnahmen im Sinne der UN-BRK eine Foltermaßnahme sind. Der UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen fordert als zuständige Kontrollinstanz eine Abschaffung aller psychiatrischer Gewaltmaßnahmen.

Frage (a): Mit welchen konkreten parlamentarischen Initiativen (Anträgen, Entwürfen, Anfragen usw.) haben sich die *Piraten* für die Durchsetzung des Folterverbots in der aktuellen Legislaturperiode im saarländischen Landtag eingesetzt?

---

*Mit diesem überwiegend bundespolitischen bzw. auf Europaebene zu behandelnden Thema hat sich die Piratenfraktion im saarländischen Landtag nicht im Rahmen eigenständiger parlamentarischer Initiativen beschäftigt. Dennoch berücksichtigen wir bei jeder unserer parlamentarischen Aktionen die Einhaltung von Menschenwürde und Freiheit. Darunter fällt auch die strikte Einhaltung eines Folterverbots. Darüber hinaus sind wir offen für entsprechende Aktivitäten in der kommenden Legislaturperiode und können uns eine gemeinsame Initiative mit Ihnen vorstellen.*

---

Frage (b): Dennoch werden noch immer und alltäglich psychiatrische Gewaltmaßnahmen gegen Insassen in saarländischen Psychiatrien angewendet. Welche konkreten Maßnahmen werden die *Piraten* in der kommenden Legislatur ergreifen, um Psychiatriegewalt ausnahmslos abzuschaffen und darüber hinaus auch als Menschenrechtsverbrechen zu ächten?

---

*Wie bereits erwähnt sind wir hier offen für parlamentarische Aktionen und Maßnahmen. Als ersten Schritt sehen wir eine Anfrage an die künftige Landesregierung vor, in der wir einen Überblick über die Gesamtlage der Psychiatriegewalt im Saarland fordern, um gezielt nach Stellen zu suchen, an denen wir die Probleme mit Menschenrechtsverbrechen besonders thematisieren können. In unserem Gedanken von Transparenz dürfen die Ergebnisse dieser Anfrage nicht unter den Tisch gekehrt werden, sondern müssen möglichst hürdenfrei zugänglich sein. Gemeinsam mit dem Gesundheitsministerium wäre auch eine Studie denkbar. Danach können wir an den entsprechenden Stellen Maßnahmen einleiten. Dass Psychiatriegewalt Menschenrechte verletzt, kann dabei stärker in den Vordergrund gerückt werden als bisher.*

---

(2) Artikel 12 der UN-Behindertenrechtskonvention gibt vor, dass Menschen mit angeblichen oder tatsächlichen psychischen Störungen rechtlich gleichzustellen sind. Eine solche Gleichstellung

schließt Sondergesetze für „psychisch Kranke“, wie die sogenannten Psychisch-Kranken-Gesetze der Bundesländer aus. Auch hier fordert der UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in seinen ersten Allgemeinen Bemerkungen: „Die Vertragsstaaten müssen Verfahren und gesetzliche Bestimmungen abschaffen, die eine Zwangsbehandlung oder entsprechende Rechtsverstöße legitimieren.“

Frage (c): Mit welchen konkreten parlamentarischen Initiativen (Anträgen, Entwürfe, Anfragen usw.) haben sich die *Piraten* für die Abschaffung des saarländischen Unterbringungsgesetzes (bzw. der darin enthaltenen Gewaltlegitimierungen) in der aktuellen Legislaturperiode im Landtag eingesetzt?

---

*Konkret haben wir uns im saarländischen Landtag in Form von parlamentarischen Initiativen nicht eingesetzt. Dennoch lehnen wir Verletzungen der Menschenwürde und Gewaltlegitimierungen in diesem Rahmen klar ab.*

---

Frage (d): Werden die *Piraten* in der kommenden Legislaturperiode konkrete Bemühungen verfolgen, das Unterbringungsgesetz abzuschaffen und der anhaltenden Entrechtung von Menschen mit angeblichen oder tatsächlichen psychischen Störungen konsequent entgegen treten?

---

*Ja, das stellen wir uns als eine durchaus realistische Forderung vor, die wir als neue Fraktion unterstützen könnten und einen entsprechenden Antrag einbringen wollen.*

---

(3) Die Berufsbetreuer streben aktuell eine „Professionalisierung des Betreuungswesens“ an. In der Folge könnten Richter Vertrauenspersonen als Vorsorgebevollmächtigte diese Vollmacht mit der Begründung entziehen, das Wohl des/r Betroffenen könne auch entgegen dessen geäußerten Wünschen nur noch professionell von Personen mit einer beruflichen Qualifizierung bestimmt werden, insbesondere dann, wenn Ärzte dazu drängen. Damit sind Vorsorgevollmachten und Patientenverfügungen, die die Selbstbestimmung festschreiben, akut bedroht! Denn in der Vergangenheit haben sich gerichtlich bestellte Betreuer regelmäßig als psychiatriehörige Befürworter von Psychiatriegewalt erwiesen, die sich nicht an den geäußerten Willen der Betroffenen gebunden fühlen.

Frage (e): Werden die *Piraten* dieses Anliegen der Betreuer auf Bundesebene, insbesondere auch durch den Bundesrat, versuchen zu verhindern?

Was werden sie dazu tun?

Wenn nicht, warum nicht?

---

*Unser Ziel ist es, jedem Menschen die größtmögliche Freiheit und damit auch Selbstbestimmung zu ermöglichen. Es darf daher keineswegs gegen den festgeschriebenen Willen der Menschen gehandelt werden. Wir wollen die Freiheit und Selbstbestimmung stärken und in diesem Fall beibehalten, sodass wir uns einen entsprechenden Widerstand im Bundesrat in jedem Fall vorstellen können.*

---